Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 609. Sonntag den 30. November 1902. **96. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Spät genug, aber hoffentlich noch rechtzeitig ist es in der Angelegenheit des Zolltarifs „zum Klappen" gekommen: die Verständigung zwischen Regierung und Mehrheitsparteien wurde endlich erreicht. Nachgegeben haben dabei beide Teile, doch die Regierung zweifellos weniger als die Rechte und das Zentrum. Denn jene räumte nur einen höheren (4 ℳ) Zoll auf Braugerste und die Ermäßigung einiger Industriezölle ein, Zentrum und Rechte dagegen finden sich in die übrigen Getreide- und Industriezollsätze der Regierungsvorlage und verzichten auf Minimalzölle für Vieh und Fleisch, sowie für Futtergerste. Ihrer Festigkeit sich zu rühmen, hat gleichwohl die Reichsregierung keinen Anlaß. Vom Zentrum sowohl, wie von den nicht völlig unter die Zuchtrute der Führer des Bundes der Landwirte gebeugten Konservativen wußte man längst, daß sie ihr „letztes Wort" noch nicht gesprochen. Die Regierung aber war mit so viel Aufwand von Fischbein im Korsett aufgetreten, daß man selbst von ihrer geringen Verbeugung vor den „Kompromißparteien" wenigstens da überrascht sein mußte, wo man so gern an ihr weiteres Beharren in aufrechter Stellung geglaubt hatte. Und wenn sie denn doch einmal das „Umfallen" mitmachen wollte, so hätte sie sich wenigstens früher dazu entschließen sollen. Je länger sie sich sträubte, um so auffallender machte sie ihr Entgegenkommen und um so mehr erschwerte sie die parlamentarische Vollendung des mit der Mehrheit gemeinsam revidierten Bauplanes. Immerhin kam die Verständigung noch rechtzeitig, um zu bewirken, daß im Reichstage kein Termin für das Inkrafttreten des neuen Tarifs festgelegt, sondern die Entscheidung hierüber Kaiserlicher Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats überlassen wurde. Damit war ein weiterer Streitpunkt von großer Bedeutung aus der Welt geschafft.

Der Umfall des Zentrums und der Rechten würde in der öffentlichen Erörterung einen breiteren Raum in Anspruch genommen haben, wenn nicht der Antrag Kardorff alles Interesse auf sich gelenkt hätte. Auch von der nationalliberalen Reichstagsfraktion mit verschwindenden Ausnahmen gebilligt und von den nationalliberalen Parteiführern miteingebracht, bezweckt der Antrag Kardorff die en bloc-Annahme des ganzen Tarifs, wenige Positionen abgerechnet. Mit der Möglichkeit, so zu verfahren, hatte sich die Opposition gegen den Tarif nicht vertraut gemacht; sie verfiel daher in ihrem sozialdemokratischen Bestandteile buchstäblich der Tobsucht, als der Antrag Kardorff eingebracht war. Und diese Tobsucht steigerte sich bei der noch nicht beendeten Erörterung über die Zulässigkeit des Antrages so, daß der Präsident am Freitag zum ersten Male seit dem Bestehen des Reichstags die Sitzung unterbrechen mußte. Man kann ohne weiteres zugeben, daß der normale Weg die Durchberatung des Tarifs nach seinen einzelnen Nummern gewesen wäre. Sollte aber dieser Weg beschritten werden, dann war die Voraussetzung dafür ein normales parlamentarisches Verhalten der Minderheit. Die Sozialdemokratie indessen hatte längst mit dem Versuche begonnen, im Reichstage jene Art der parlamentarischen Tollheit einzubürgern, die in Deutschland glücklicher Weise noch als anormal gilt: die Vergewaltigung der Mehrheit vermittels der Obstruktion. Beweise der letzteren sind die zahllosen Anträge auf namentliche Abstimmungen, die Häufung aussichtsloser Anträge über die Verwendung der Mehrerträge aus den Zöllen, die Ankündigungen Bebels, daß zu der Beratung des Tarifs 700 Anträge auf namentliche Abstimmung gestellt werden würden. Solches Gebaren hat niemand schärfer als das Organ des Abgeordneten Eugen Richter bekämpft und gebrandmarkt, weil es eine Satire auf den Parlamentarismus sei. Noch am kritischen 27. November wandte sich die „Freisinnige Ztg." gegen den sozialdemokratischen Mißbrauch der Geschäftsordnung, „den Willen der Mehrheit, auf dessen Geltung doch der ganze Parlamentarismus beruht, überhaupt nicht zum Ausdruck kommen zu lassen." Diesem Terrorismus gegenüber war es ein Akt der Notwehr, wenn die Mehrheit eine nach ihrer Ueberzeugung zulässige Auslegung der Geschäftsordnung sich zu eigen machte und die Anwendung des abgekürzten Verfahrens beschloß. Die Mehrheit hat ein um so besseres Recht hierzu, je notwendiger die gesetzliche Festlegung der neuen Zollsätze für den Abschluß vorteilhafter Handelsverträge ist (aus welchen Gründen haben wir wiederholt dargelegt) und je mehr das Land die endlosen Zolldebatten satt hat. Das Echo Pachnickes, die freihändlerische „Nationalztg.", tut freilich so, als ob es sich jetzt noch um eine sachliche Prüfung der gesamten Zollsätze handelte. Dieser Vorwand und die „Empörung" über die Haltung der nationalliberalen Fraktion offenbaren lediglich, wie sicher die „Nat.-Ztg." auf das Scheitern des Tarifs gerechnet hat. Uebrigens muß selbst dieses Blatt zugeben, daß die Anwendung einer außergewöhnlichen Maßregel nur eine Frage der Zeit sei und durch weitere sozialdemokratische Schikanen zur moralischen Pflicht werden könne. Und da die Mehrheit an der Fortsetzung des schikanösen Verhaltens der sozialdemokratischen Opposition nicht zweifeln kann, so ist am wenigsten die „National-Ztg." berechtigt, dieser Mehrheit das Abirren vom Wege der Pflicht vorzuwerfen.

„An dem, der hat, kriechet der Neid heran!" Seit Sophokles in seinem „Ajax" so gesprochen, ist der Parteihaß des Neides Geselle geworden. Vereint zu schimpflichem Bunde, trachten beide darnach, die „Habenden" zu sich hinab in den Kot zu ziehen, mag nun die „Habe" Ruhm oder Reichtum, Schönheit oder Macht, Wissen oder Können sein. — Als die Verkörperung des Parteihasses, der „Vorwärts", jetzt zum Schlage gegen Krupp ausholte, geschah es unter der Maske der Menschlichkeit, mit dem Vorgeben, daß nur die Notwendigkeit der Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches dargetan werden sollte. Als ob, wenngleich die Wissenschaft jenen Paragraphen in der Hauptsache preisgegeben hat, der öffentliche Vorwurf der Verfehlung gegen ihn nicht gleichbedeutend wäre mit der schwersten Erschütterung der gesellschaftlichen Stellung des Beschuldigten! Und als ob die Seelenqual eines wirklich Belasteten durch die öffentliche Denunziation nicht ins Unerträgliche vergrößert würde! Daß aber Krupp wirklich einer der letzteren war, dafür fehlt jeder Beweis, immer neue Zeugnisse hingegen weisen auf ruchlose Erpressung als auf die Quelle aller Anschuldigungen zurück. Daß diese vom Kaiser in der doppelten Eigenschaft des Freundes und des Reichsoberhauptes in der ergreifendsten Art gegeißelt worden, ist ein heller Lichtblick in dem düstern Bilde der ganzen traurigen Angelegenheit.

Dieselbe eindringende Beredsamkeit, mit welcher der Kaiser die sozialdemokratischen Giftmischer kennzeichnete, bewährte der Kurator der Bonner Universität von Rottenburg, indem er vor dem Kronprinzen des Deutschen Reiches anläßlich des Rektorwechsels eine Lanze für die Freiheit der Wissenschaft brach. Man kennt die „gewissen Kreise", welche die wissenschaftliche Forschung in bestimmte Grenzen bannen wollen; man weiß, welchen Geistern die theologischen Fakultäten in dieser Richtung als Sprungbrett dienen soll. Und deshalb ist es wahrhaft erquickend, wenn ein Mann an der einflußreichen Stelle eines Rottenburg beweist, daß er auf der Höhe der besten Traditionen des preußischen Beamtentums steht.

Die Gleichgültigkeit der Zeitgenossen gegen die Kirche.

Vor hundert und etlichen Jahren schrieb Schleiermacher seine berühmten „Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern". Manches davon trifft noch zu. Doch hat sich die Situation insofern verändert, als über Verachtung der Religion als solcher heute nicht zu klagen ist. Selbst in der sozialdemokratischen Presse sind Stimmen des Inhalts laut geworden, daß man mit diesem Faktor, als einem nicht verächtlichen, nach wie vor rechnen und zwischen Religion und Religiosität unterscheiden müsse. Aber die Gleichgültigkeit gegen die besondere Gestaltung des religiösen Lebens in der Kirche ist zur Zeit größer als je, und es ist der Zweck des Nachstehenden, diese Tatsache dem ernsten Nachdenken aller Gebildeten zu empfehlen.

Vorher ein Wort zu ihrer Erklärung, und zwar aus der pfarramtlichen Praxis.

„Ich gehöre", sagte bei Gelegenheit ein Leipziger Professor, „durch den Zufall der Geburt der katholischen Kirche an und ich denke dabei zu bleiben. Denn wenn ich auch, auf meine Gesinnung und Geistesrichtung angesehen, Protestant bin, so würde doch mein Uebertritt zur evangelischen Kirche eine neue Unwahrheit sein."

Warum und wie?

„Weil ich mich der evangelischen Glaubenslehre ebenso entfremdet fühle, wie der katholischen. Mögen die Theologen über ihre Unterscheidungslehren weiterhin streiten: für unser einen haben sie keine Bedeutung." Hatte der Mann Recht? Wir werden sehen.

Ein anderer meinte: Anstatt die Gleichgültigkeit auf kirchlichem Gebiete zu beklagen, sollte man sich darüber freuen; „denn sie ist eine Folge der zunehmenden Erkenntnis, daß man in der einen wie in der andern Kirche ein rechtschaffener Mann, ein braver Familienvater, ein opferwilliger Patriot u. s. w. und auch in beiden von dem allen das Gegenteil sein kann." Das ist nun gewiß richtig, und wie beklagenswert — es wird sich bald zeigen, warum? — die Gleichgültigkeit, insbesondere der Evangelischen, gegen die Kirche sein mag: die Zeit, in der Katholiken und Protestanten einander bis aufs Blut haßten und sich gegenseitig das Recht auf den christlichen Namen absprachen, wünscht niemand zurück. Aber damit allein ist die kirchliche Indifferenz nicht zu begründen. Und noch weniger freilich mit dem vorher Bemerkten, ich meine mit dem Hinweis auf die angeblich so geringe und für den Gebildeten nicht in Betracht kommende Differenz zwischen den Dogmen der einen und der anderen Kirche. Denn der wesentliche Unterschied zwischen Katholisch und Protestantisch besteht nicht in dem „etwas mehr oder weniger für wahr halten", sondern in dem Gegensatze zwischen Abhängigkeit auf der einen Seite und sittlicher Selbständigkeit und Freiheit auf der andern. Und das nicht bloß auf dem religiösen Gebiete, sondern, consequenter Weise, auf jedem. Es ist nicht zufällig, daß die Mehrzahl der katholischen Christen auch auf dem politischen und dem sozialen Gebiete den Weisungen von Rom folgt; denn die Hierarchie versteht sich darauf, sie als Forderungen der Kirche darzustellen, der die Laien, weil sie im Namen Gottes redet, Vertrauen und Gehorsam schulden. Man hört oft sagen: „Nun in der evangelischen Kirche gibt's auch „kleine Päpste"; sie vermögen nur nicht so viel auszurichten wie der große in Rom". Das muß leider zugestanden werden. Aber man übersehe nicht, daß in dieser Bemerkung auch der uns mit der unerfreulichen Tatsache versöhnende Unterschied mitangezeigt ist. Die Herrschaft der „kleinen Päpste" hat nicht viel zu bedeuten, und sie richtet sich, weil sie im Widerspruch mit den Grundgedanken der Reformation steht, von selbst. Die Herrschsucht des großen Papstes hingegen ist nichts Zufälliges oder nur Zeitweiliges; denn sie gehört zum System und wer sich dagegen auflehnt, hört auf, katholisch zu sein. Welch ein Unterschied! Auch das preußische Kirchenregiment kann einen evangelischen Theologen wegen mangelnder „Rechtgläubigkeit" aus dem Amte entfernen, aber es kann ihn nicht exkommunizieren und nicht einmal verhindern, daß er anderswo als Prediger angestellt wird. Das wäre nun freilich nicht möglich, wenn die evangelische Kirche genau wie die katholische organisiert wäre und wie diese ein und demselben Regiment unterstünde. Oder haben sie Recht, die uns bewundernd auf die straffe Einheit der katholischen Kirche hinweisen und sagen: „ja, wenn wir die auch hätten, dann wäre uns geholfen!?" Nein, gar nicht, ihr Kurzsichtigen! Eine nach dem Vorbilde der katholischen organisierte evangelische Kirche, — ja wohl: eine große einzige, könnte dem Staate hin und wieder ebenso unbequem werden wie jene, während sie es in ihrer gegenwärtigen Verfassung und in Landeskirchen geteilt nicht kann.

Aber abgesehen davon: wozu Unmögliches wünschen? Die Reformation mußte mit ihrer Proklamation der Gewissensfreiheit zu kirchlichen Sondergemeinschaften führen, und deren Bestehen bietet außer dem ebengenannten den Vorteil, daß innerhalb der evangelischen Christenheit den verschiedenen religiösen Bedürfnissen der einzelnen genügt werden kann —, beiläufig auch dem des eingangs genannten Gelehrten, als ich ihn auf eine kirchliche Gemeinschaft hinwies, in die er eintreten könne, ohne seine individuelle Ueberzeugung verleugnen zu müssen. Und das ist doch wohl die Hauptsache. Denn die Kirche ist der Religion wegen da und nicht Selbstzweck. Ihr Beruf ist nicht, zu herrschen, sondern zu dienen. Und diesen Beruf hat die evangelische Kirche seit bald 400 Jahren an unserem Volke erfüllt. Fern sei es, die Wirksamkeit der katholischen Kirche herabzusetzen und zu leugnen, daß ihre Art und Weise, insbesondere ihr formenreicher Kultus, noch dem Bedürfnis vieler entspricht. Aber Tatsache ist doch, daß wir den Fortschritt auf allen Lebensgebieten dem Protestantismus verdanken. Unsere größten Denker, Dichter, Staatsmänner, unsere Goethe, Schiller, Lessing, Herder, unsere Philosophen: Kant, Schelling, Fichte, Hegel und so viele andere sind als von Rom abhängige Katholiken undenkbar.

Man redet gelegentlich von „katholischer Wissenschaft". Das ist eigentlich ein Unding. Denn es gibt ebensowenig eine katholische Wissenschaft auf geschichtlichem und naturgeschichtlichem Gebiet, wie eine katholische Mathematik. Versteht man aber darunter die Wissenschaft der katholischen Gelehrten, so liegt am Tage, daß sie keine freie ist, weil sie vor den Entscheidungen der Kirche Halt machen muß und daß es nicht zufällig ist, daß die sogenannte „katholische" Wissenschaft, was ihre Ergebnisse und die Zahl ihrer Vertreter betrifft, hinter der protestantischen, die frei von kirchlicher Bevormundung ist, weit zurücksteht. Alle Lehrstühle der deutschen Universitäten, oder auch nur die Hälfte derselben, mit katholischen Gelehrten zu besetzen, ist schlechthin unmöglich. Denn es gibt nicht so viele.

Daß die Sozialdemokratie, weil ihr die Religion „gleichgültige Privatsache" ist, auch für den Unterschied der Kirchen kein Verständnis hat, kann nicht befremden; aber befremdlich und dazu beklagenswert ist es, daß es auch den meisten Freisinnigen — außer den Nationalliberalen so ziemlich allen — daran fehlt. Denn dem verdanken wir die Macht des Zentrums, dem die wachsende Zahl der Klöster, die, schon rein volkswirtschaftlich betrachtet, vom Uebel sind, dem, daß der deutsche Reichstag die Zulassung der Jesuiten beschließen konnte! Derselben Leute, deren zugestandene Mission es ist, alles protestantische Wesen, nach Anleitung des Syllabus, zu bekämpfen.

Auf die Frage: wie das zu ändern sei, kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur soviel noch: nicht polemisch, nicht durch Erwiderung gehässiger Angriffe. Der gebildete Protestant macht mit dem Grundsatze der Toleranz Ernst. Auch in den Schulen mag diese gepflegt werden. Alles Schmähen der Andersgläubigen ist unwürdig. Aber eines könnte und sollte von den evangelischen Lehrern und Predigern mehr geschehen. Sie sollten über dem biblischen Geschichts- und Katechismusunterricht nicht versäumen, die Jugend mit den Männern bekannt zu machen, denen wir die Reformation verdanken, insbesondere mit Luther, den sogar ein katholischer Gelehrter ersten Ranges (J. Döllinger), der Wahrheit die Ehre gebend, den „größten Deutschen" genannt hat, und sollten, was wichtiger ist als alle Dogmatik, den Grundsatz der evangelischen Gewissensfreiheit den jungen Seelen so tief einprägen, daß sie in reiferen Jahren vor der Versuchung behütet bleiben, diese wertvollste Errungenschaft des menschlichen Geistes, „nach berühmten Mustern", zu unterschätzen.

D. D.

Deutsches Reich.

✢ **Berlin**, 29. November. (Das Zentrum zwischen rechts und links.) Die „Kölnische Volkszeitung" konstatiert mit einem Seufzer der Erleichterung, daß innerhalb des Zentrums die Einmütigkeit bezüglich des Zolltarifs hergestellt sei. Sie nennt diese Tatsache „hoch erfreulich" und sie meint: „Nach der parteipolitischen Seite ist damit die Hauptschwierigkeit beseitigt." Die Hauptschwierigkeit gewiß; denn wir können es sehr gut verstehen, daß es für das Zentrum eine Wonne ist, endlich wieder einmal in einer so wichtigen Frage geschlossen auftreten zu können, nachdem im letzten Jahrzehnt die Partei wiederholt bei den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Gesetzen auseinandergefallen ist. Aber eine andere Schwierigkeit besteht noch: der gesamten Wählerschaft des Zentrums die Haltung der Partei mundgerecht zu machen. In derselben Stunde, in der die „Köln. Volksztg." sich über die Einmütigkeit der Zentrums-Fraktion erfreut, drückt die aristokratisch-katholische „Rheinische Volksstimme" ihre Entrüstung darüber aus, daß die Mehrheit der Zentrumsabgeordneten sich dazu hat bereit finden lassen, die Kommissionsbestimmung, daß der Zolltarif spätestens bis zum 1. Januar 1905 in Kraft treten solle, wieder fallen zu lassen. Das Blatt verhöhnt die Erklärung des Abgeordneten Dr. Spahn, daß die Abschwenkung aus Liebe zur Landwirtschaft geschehen sei, mit dem Ausrufe: „Wer lacht da?" Wenn dieses agrar-katholische Blatt schon hierüber so empört ist, so wird es natürlich mit dem Zurückweichen des Zentrums auf die Regierungsvorlage noch viel weniger einverstanden sein. Obgleich also das norddeutsche Zentrum weit über die Zollsätze hinausgeht, die es 1893/4 festsetzen half, dürfte es nach dem Zustandekommen des Zolltarifs mit dem niederrheinischen Organ und seinem aristokratisch-agrarischen Anhange ebenso heiße Gefechte auszukämpfen haben, wie im Jahre 1894, nur daß jetzt die Wahlen viel näher vor der Tür stehen und daß deshalb die Rebellion eines Teiles der Wählerschaft viel fataler ist als damals. Gibt aber nach der Meinung der niederrheinischen katholischen Aristokratie das Zentrum der Landwirtschaft zu wenig, so gibt es ihr nach der Ansicht vieler katholischer Arbeiter im rheinischen Industriegebiete und in Oberschlesien erheblich zu viel. Insonderheit dürften sich die radikalen Polen in Oberschlesien die Zustimmung des Zentrums zu dem Zollgesetze gründlich zu Nutze machen. Man weiß, daß die radikalen Polen Gegner jeder Zollerhöhung sind, weil sie damit besonders bei der industriellen Bevölkerung des oberschlesischen Grenzgebiets, die allerdings von der Erhöhung der Zölle, der Verschärfung der Grenzkontrolle und dem Verbote der zollfreien Einfuhr geringer Mengen von Lebensmitteln hart betroffen wird, viel Anklang findet. Da nun die radikalen Polen diesmal in einer ganzen Reihe oberschlesischer Wahlkreise dem Zentrum eigene Kandidaten entgegenstellen wollen, so werden sie sich dieses willkommene Futter für ihre Agitation gewiß nicht entgehen lassen. Und mit ihnen wird sich die Sozialdemokratie, die bereits bei den vorigen Wahlen dem Zentrum in zwei oberschlesischen Wahlkreisen sehr unbequem geworden ist, in die Beute, d. h. in die vom Zentrum abfallende Wählerschaft, teilen. Nach alledem vermögen wir in der Einigung der Zentrumsfraktion in der Zollfrage noch keinen Vorteil für diese Partei zu erblicken, wenigstens so weit die Aussichten der Partei bei den nächsten Wahlen in Frage kommen. Und die Wahlen sind doch für eine so mandatshungrige Partei, wie das Zentrum, unter allen Umständen die Hauptsache. Nicht einmal Elsaß-Lothringen dürfte einen Ersatz bieten, denn die vom Zentrum mit ungeschickter Hast betriebene Frage des Anschlusses der elsaß-lothringischen Katholiken an das Zentrum hat bisher nur Verwirrung und Feindschaft in die Reihen dieser Katholiken getragen.

C. H. **Berlin**, 29. November. Die Anarchisten entfalten zur Zeit wieder eine ganz intensive Agitation. Ein Aufruf „Auf zur Agitation" ist erschienen, in dem vor allen Dingen zur Gründung von Agitationsklubs aufgefordert wird. „Genossen", so heißt es in dem Aufrufe, „wenn ihr einige Anhänger unserer Ideen in einem Orte seid, so gründet Euch einen Diskutierklub, meldet ihn an und sucht indifferente Kollegen in denselben aufzunehmen und über unsere Anschauungen aufzuklären. Diese Agitationsweise kann auch nicht verboten werden und wird für die Ausbreitung unserer Ideen nur nützlich sein." Die Zentralstelle in Berlin (Redaktion des Anarchisten-Organs) verspricht, die Genossen, welche Diskussionsklubs gründen wollen, mit billigem und gutem Agitationsstoff zu unterstützen. Wir werden also bald neue anarchistische Herde sich bilden sehen. Um Berlin herum gibt es solcher Sammelpunkte bereits eine ganze Anzahl; einer der rührigsten dieser Vereine hält fast alle acht Tage eine Versammlung ab. In der letzten Versammlung sprach der bekannte Anarchistenführer Paul Pawlowitsch über Ludwig Börne, in der Versammlung am 2. Dezember soll der Generalstreik, die Lieblingsidee der Anarchisten, erörtert werden. Die Polizei läßt es an Aufmerksamkeit nicht fehlen, so ist der anarchistische Agitator Hnatek aus Prag von der Hamburger Polizei ausgewiesen worden und bei dem anarchistischen Führer Gladasch hierselbst wurde Haussuchung vorgenommen, desgleichen in der Redaktion des anarchistischen Organs. Kompromittierende Papiere sollen nicht gefunden worden sein, was aber hoffentlich die Behörden nicht lässig in ihrer Ueberwachung und Nachforschung macht.

⁜ **Berlin**, 29. November. (Genossenschaftsstatistik für das deutsche Reich.) Zum ersten Male liegt in den von der preußischen Zentralgenossenschaftskasse herausgegebenen Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1900 eine gemeinsame Genossenschaftsstatistik für das deutsche Reich mit Ausschluß von Bayern, Württemberg und Hessen vor. Der Zeitpunkt, für welchen die Statistik gilt, der 31. Dezember 1900, liegt allerdings etwas weit zurück, indessen wird sie für rückwärtige Vergleichungen ihren dauernden Wert behalten. Nach dieser Statistik betrug die Zahl der am Jahresschlusse 1900 in dem Gebiete der gemeinsamen Genossenschaftsstatistik bestehenden Genossenschaften 12 856 und die ihrer Mitglieder 2 070 001. Davon kamen auf Preußen allein 9826 Genossenschaften mit 1 433 103 Genossen. Am 30. Juni 1898 waren es in Preußen 8242 Genossenschaften mit 1 113 065 Genossen. Das zentrale Kreditinstitut der Preußenkasse hat darnach unzweifelhaft einen belebenden Einfluß auf die Bildung von Genossenschaften gehabt. In dem ganzen Gebiete der gemeinsamen Genossenschaftsstatistik waren von der Gesamtzahl 8777 Genossenschaften mit 1 091 140 Mitgliedern Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht, 135 mit 20 834 solche mit unbeschränkter Nachschußpflicht und 3024 mit 950 065 solche mit beschränkter Haftpflicht. Die Gesamthaftsumme aller Genossen in der letzteren Kategorie betrug 285,3 Millionen Mark. Bekanntlich ist auch die Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht erst durch das Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsgesetz vom Jahre 1889 ins Leben